



Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst



Herausragende Fälle in Hessen

- ◆ Kopfschuss z. N. Gerichtsvollzieher Gelnhausen März 2016
- ◆ Ermordung Polizeibeamter Herborn Heiligabend 2015
- ◆ „Hammerattacke“ Jobcenter Dietzenbach September 2016
- ◆ Freiheitsberaubung Finanzbeamtin 2017
- ◆ Angriff auf Polizeibeamten privat Gaststätte Darmstadt 2017
- ◆ Schüsse auf Gerichtsvollzieher Obertshausen Februar 2020



...aber auch

- ◆ Bedrohung einer Lehrerin im Elterngespräch
- ◆ Brandattacke gegen Gerichtsvollzieherin
- ◆ Angriff mit Motorrad gegen Polizeibeamten
- ◆ Angriff auf Polizei, Feuerwehr, Rettungskräfte Dietzenbach
- ◆ Angriff auf Polizei, Rettungskräfte Opernplatz Frankfurt
- ◆ Zugbegleiter attackiert und aus dem Zug geworfen
- ◆ Siehe auch www.angegriffen.de der dbb Jugend NRW



- ◆ Darstellung in den Medien zeigt nur „Spitze des Eisbergs“
- ◆ Öffentliche Betroffenheit währt nur kurze Zeit
- ◆ Folgen für Betroffene / Opfer oft schwerwiegend und langwierig
- ◆ Auch bei scheinbar harmlosen Vorgängen
- ◆ Belastung auch durch häufige Anfeindungen (Tropfen...Fass)
- ◆ Häufig großer Personenkreis um das unmittelbare Opfer betroffen



- ◆ Beschäftigte aus nahezu allen Bereichen berichten von Steigerung der Anzahl und Intensität der Übergriffe
- ◆ Längst nicht mehr nur Polizei
- ◆ Kollegen Rettungsdienst, Krankenhaus, Schule, Finanzamt, Justiz, Rathaus, Jobcenter, Ausländeramt, RP, JVA, Straßendienst, ÖPNV, Förster, Staatsanwälte, Richter
- ◆ Persönlichkeiten in öffentlichen Ämtern (Politiker)
- ◆ Kein Bereich mehr ausgenommen



- ◆ Amtliches statistisches Lagebild bis 2017 nur für Polizei
- ◆ Seit 2018 für Polizei, Vollzugs- und Rettungskräfte (PKS)
- ◆ Selbst hier nur angezeigte Straftaten abgebildet (Dunkelfeld)
- ◆ Für alle anderen Beschäftigten keine amtliche, statistische Erfassung, kein Lagebild
- ◆ Rolle „Beschäftigter im ÖD“ als Geschädigter aus PKS nicht ablesbar
- ◆ Gewalt gegen Polizei, Vollzugs- und Rettungskräfte steigt laut Lagebild weiter



- ◆ Anstieg „Widerstand gegen und tätlicher Angriff auf die Staatsgewalt“ von 2018 auf 2019 von 34.168 auf 36.959 Fälle (+ 8,2%)
- ◆ Anstieg Zahl der PVB, die dabei Opfer wurden, von 65.896 im Jahr 2018 auf 69.466 im Jahr 2019
- ◆ 23 versuchte Tötungen gegen 41 PVB 2019
- ◆ Hohe Dunkelziffer zu vermuten (Studien LKA Nds.)



Dunkelfeldstudie LKA Niedersachsen

- ◆ Erforschung der Aussagekraft der PKS
- ◆ Z. T. sehr niedrige „Anzeigequoten“
- ◆ Körperverletzung ohne Waffe ca. 19,5 %
- ◆ Drohung mit Waffe ca. 19 %
- ◆ Erwartung bei Strafanzeige:
Täter fassen, bestrafen, abschrecken, somit Schutz für die Zukunft



Umfrage GDL 2016 „Mit Sicherheit“

- ◆ 3.750 Fragebögen ausgewertet
- ◆ 82,4 % der Befragten verbal beleidigt
- ◆ 53,5 % verbal bedroht (davon 65 % Frauen)
- ◆ 25,6 % angespuckt
- ◆ 24,3 % körperlich angegriffen (überwiegend Frauen)
- ◆ Häufig mehrere Tage krank, vor allem nach körperlichen Attacken



...weiter Umfrage GDL

- ◆ 72,4 % erhöhte Aufmerksamkeit
- ◆ 49,3 % ungutes Gefühl
- ◆ 32,8 % Angst
- ◆ 40,6 % Hilflosigkeit
- ◆ 50,9 % Wut
- ◆ Zugbegleiter im Dienst **im Team 71,8 % ohne Bedenken**
- ◆ Zugbegleiter im Dienst **alleine 10,6 % ohne Bedenken**



Forsa-Studie „Gewalt gegen Lehrkräfte“ 2016 im Auftrag des VBE

- ◆ 1.951 Lehrerinnen und Lehrer
- ◆ 59 %: Gewalt hat in den letzten 5 Jahren zugenommen
- ◆ besonders an Förder- und Sonderschulen
- ◆ 57 % sagen, es sei ein „Tabuthema“
- ◆ 45 %: Schulverwaltung muss sich mehr engagieren



...weiter Forsa-Studie „Gewalt gegen Lehrkräfte“ 2016 im Auftrag des VBE

- ◆ 23 %: in den letzten 5 Jahren selbst Opfer geworden
- ◆ 81 %: nach Angriff durch Kollegen ausreichend geschützt
- ◆ 62 %: nach Angriff durch Schulleitung ausreichend geschützt
- ◆ 86 % Vorfall gemeldet
- ◆ 7 % (!) Anzeige erstattet
- ◆ 65 % etwas unternommen bei Angriff durch Eltern



...weiter Forsa-Studie „Gewalt gegen Lehrkräfte“ 2016 im Auftrag des VBE

- ◆ 2 % (!) Anzeige erstattet
- ◆ 77 % Cybermobbing hat zugenommen
- ◆ 21 % physische Gewalt erfahren in den letzten 5 Jahren
- ◆ Überwiegend Förder- und Sonderschulen
- ◆ In fast allen Fällen etwas unternommen
- ◆ Nur in 9 % der Fälle Anzeige erstattet

Warum keine Anzeigeerstattung?



14

- ◆ Unsicherheit / Scham
- ◆ Resignation
- ◆ Fehlende Informationen, fehlende Unterstützung der Vorgesetzten
- ◆ Ungünstige rechtliche Rahmenbedingungen (häufig Antrags- oder Privatklagedelikt)
- ◆ Befürchtung der Verharmlosung durch Kollegen, Vorgesetzte, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht

Warum keine Anzeigeerstattung?



15

- ◆ Äußerungen und Haltungen wie „Ist im Preis mit drin!“ oder „Augen auf bei der Berufswahl!“ oder „Ist nicht viel passiert!“
- ◆ Schlechte Erfahrungen, auch von Kollegen
- ◆ Einschätzung, Täter könne ohnehin nicht ermittelt werden
- ◆ Furcht vor Repressalien durch den Täter
- ◆ Angst vor Bekanntwerden der Privatanschrift
- ◆ Befürchtung, Polizei/Staat könne einen nicht schützen



- ◆ **Diese Schranken müssen fallen!**
- ◆ **Belastbares, amtliches Lagebild unerlässlich!**
- ◆ **Gesamtbekämpfungskonzept dringend erforderlich!**



- ◆ Gesamtgesellschaftliche Fehlentwicklung
- ◆ Gewalt in der gesamten Gesellschaft, nicht nur ggü. Beschäftigten im ö. D. an der Tagesordnung
- ◆ Veränderungen ggü. Beschäftigten im ö. D. aber dramatisch
- ◆ Erhebliche Respektlosigkeit
- ◆ Fehlende Empathie
- ◆ Fehlende Gewaltächtung
- ◆ Falsche Vorbilder

...Mögliche Ursachen für Gewalt



18

- ◆ Defizite bei Erziehung und Bildung (Elternhaus - KiGa – Schule – Sportverein...)
- ◆ Fehlende Akzeptanz für staatliche Institutionen (bspw. Reichsbürger) und/oder für weibliche Bedienstete (Teile von Migranten)
- ◆ Unzureichende Kommunikations- und Konfliktfähigkeit
- ◆ Allgemeine Werterosion
- ◆ Fragwürdige/r Medienangebote und Medienkonsum

...Mögliche Ursachen



19

- ◆ Fehlende Konsequenzen bei Fehlverhalten
- ◆ Verändertes Freizeitverhalten
- ◆ Alkohol- und Drogenkonsum
- ◆ Zunehmend psychische Auffälligkeiten
- ◆ Falsches Bild vom „Staatsdiener“ in der Öffentlichkeit
- ◆ Zunehmende Bewaffnung (Messer...; Folgen schwerer)

Was macht der dbb Hessen?



20

- ◆ Entwicklung eines Gesamtbekämpfungskonzepts, eines sog. „Lebenslagenmodells“
- ◆ Durchführung eines Symposiums am 21.2.2018 als Auftaktveranstaltung
- ◆ Einbeziehung aller relevanten Personen und Institutionen
- ◆ Betroffene Bedienstete, Dienststellen- und Behördenleiter, PVP PP Ffm., Generalstaatsanwalt, OLG-Präsident, Justizministerin, alle Fraktionen im Hess. Landtag, PiD, Petra Maurer, Opferschutz, Presse...

Was macht der dbb Hessen?



21

- ◆ Initiative zur Einführung einer gesonderten Strafvorschrift für alle Beschäftigten im ö. D. über dbb Bund (damit einhergehend Lagebild für alle Beschäftigten)
- ◆ Herantreten an Justizminister der Länder bzgl. Einstellungen der Verfahren durch Staatsanwaltschaften über dbb Bund
- ◆ Sammlung von Einstellungsvorgängen
- ◆ Fortwährende Öffentlichkeitsarbeit
- ◆ 2019 Beauftragung einer Studie bei der Uni Gießen, vor allem zur Erreichung eines genaueren Lagebilds

Was macht der dbb Hessen?



22

- ◆ Aufstellen eines Forderungskatalogs an die Politik (Leitantrag des Landesgewerkschaftstags Mai 2018)
- ◆ Fortlaufender Kontakt zu allen relevanten Institutionen
- ◆ Schließen eines Pakts mit Fraktionen im Hessischen Landtag im August 2018
- ◆ Initiative zur Aufnahme der Thematik in den Koalitionsvertrag zur 20. Legislaturperiode Ende 2019
- ◆ 2020 Beauftragung weiterer Forschung durch Prof. Dr. Bannenberg, Uni Gießen



- ◆ Unterstützung der sog. „Zwei-Säulen-Strategie“ des innenpolitischen Sprechers der Fraktion der FDP (Konzentration der Sachbearbeitung bei Polizei und Staatsanwaltschaft) im Juli 2020
- ◆ Erneutes Gespräch mit dem innenpolitischen Sprecher der Fraktion der CDU im Februar 2020; Forderung nach einem „Null-Toleranz-Erlass“
- ◆ Kleine Anfrage von ihm zur Anklage-/Einstellungsquote der Staatsanwaltschaft und zur Verurteilungsquote der Gerichte im September 2020



- ◆ Teilnahme an großer Anhörung des Haupt- und Innenausschusses des Hess. Landtags im August 2020
- ◆ Ergänzend Einreichung einer umfangreichen schriftlichen Stellungnahme
- ◆ Gegendarstellung des dbb Hessen gegen sehr verharmlosende Pressemitteilung des Kultusministeriums zur Gewalt gegen Lehrkräfte (Ursprung war die Kleine Anfrage der AfD-Fraktion zur Gewalt gegen Lehrkräfte unter Zitieren der VBE-Studie) Februar 2021



- ❖ Veröffentlichung der Ergebnisse der ersten Studie (eher quantitativ) in einer Pressekonferenz am 12.02.2020:
- ❖ Umfangreicher, detaillierter digitaler Fragebogen an die Mitglieder der dbb-Gewerkschaften
- ❖ In einigen Bereichen geringe Rücklaufquote
- ❖ Besonders umfangreiche Erkenntnisse bei Polizei, Justizvollzug, Lehrern, Gerichtsvollziehern, Jobcentern und Arbeitsagenturen



- ❖ Großes Dunkelfeld zu vermuten
- ❖ Unterschiedliche Sicherheitsgefühle in einzelnen Berufen
- ❖ Beschäftigte wünschen sich vor allem
- ❖ Mehr Wertschätzung
- ❖ Bessere/s Vorbereitung/Training
- ❖ Mehr Unterstützung durch Vorgesetzte
- ❖ Konsequenteres Durchgreifen der Justiz
- ❖ Besseren Schutz der Privatsphäre



- ❖ Veröffentlichung der Ergebnisse der weiteren Forschung (qualitativ) bei Gerichtsvollziehern, Mitarbeitern in Arbeitsagenturen und Jobcentern in einer Pressekonferenz am 23.02.2021:
- ❖ Tiefgehende Interviews mit Opfern
- ❖ Massive Gewalterlebnisse bei Gerichtsvollziehern
- ❖ Weniger, aber auch deutlich bei Mitarbeitern in Arbeitsagenturen und verstärkt in Jobcentern



- ❖ Häufig langanhaltende oder dauerhafte Beeinträchtigungen
- ❖ Beschäftigte wünschen sich vor allem
- ❖ Bessere/s Vorbereitung/Training
- ❖ Mehr Wertschätzung
- ❖ Mehr Unterstützung durch Vorgesetzte
- ❖ Konsequenteres Durchgreifen der Justiz
- ❖ Besseren Schutz der Privatsphäre

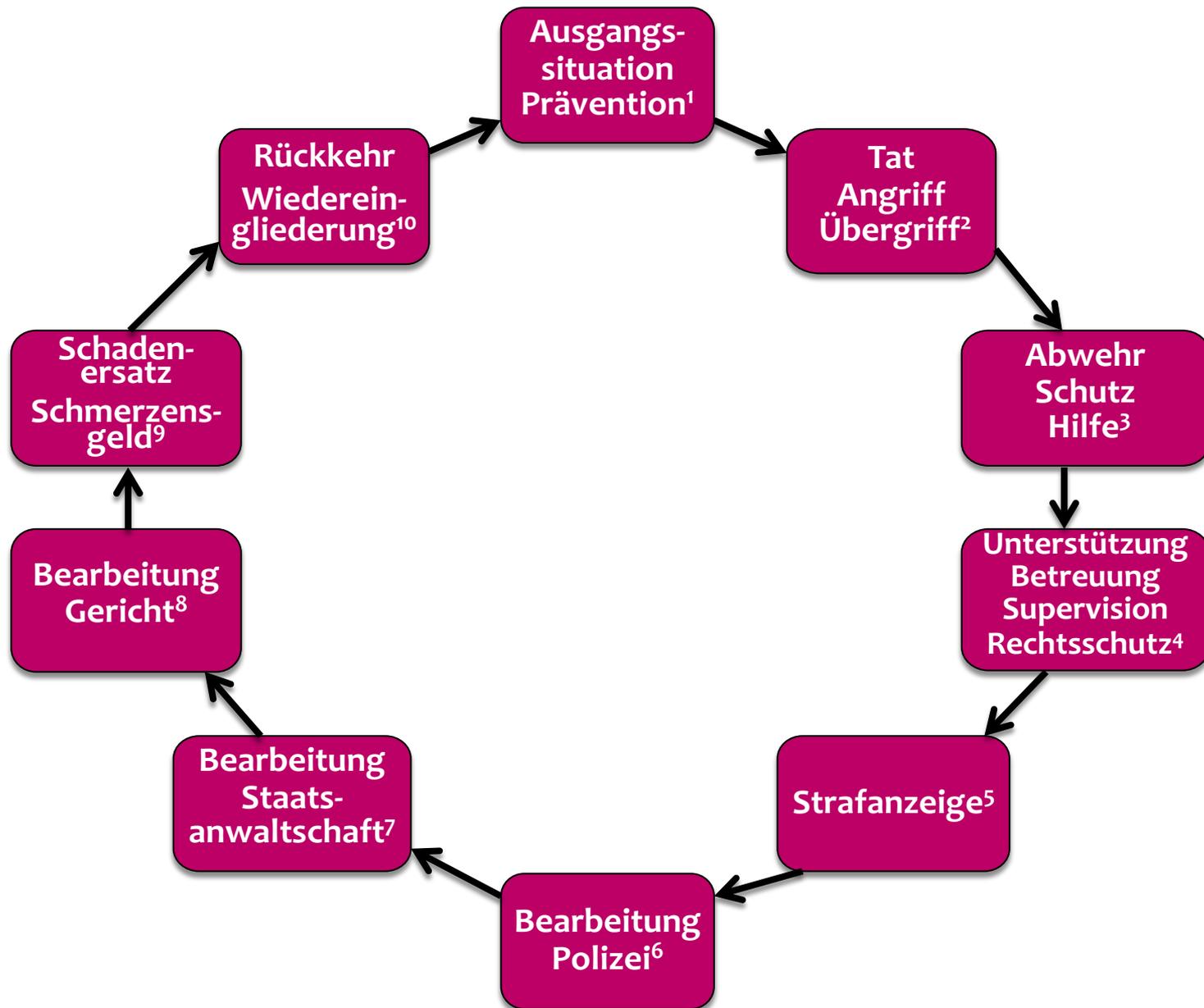
- ❖ Weitere Forschung beim Justizvollzug, in Kliniken, bei Bürgermeistern ist im Gang

Wie das Phänomen bekämpfen?



29

- ◆ Entwicklung eines Bekämpfungsmodells des dbb Hessen
- ◆ Ansatz: Nur das Zusammenwirken aller Beteiligten und Institutionen kann Wirkung entfalten!
- ◆ Kreislauf vom Übergriff bis zur Wiedereingliederung muss geschlossen funktionieren (sog. „Lebenslagenmodell“)



¹Ausgangssituation – Prävention



31

- ◆ Ausbildung, Training, Notfallplan
- ◆ Selbstbild, Selbstbewusstsein, Handlungssicherheit
- ◆ Ausrüstung
- ◆ Bauliche Beschaffenheit (räumliche Situation, Zugangskontrolle, offene Türen im Innenbereich, keine Sichtsperrren, Alarmsysteme, „Benimmregeln“ am Eingang)
- ◆ Rechtslage
 - ◆ §§ 113, 114, 115 StGB unzureichend
 - ◆ Gesonderte Strafvorschrift erforderlich im 17. Abschnitt StGB
 - ◆ Symbolische Wirkung und Lagebild / Statistik



- ◆ ...Rechtslage
 - ◆ Beschluss dbb Gewerkschaftstag November 2017:
Einführung einer gesonderten Strafvorschrift „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ im korrekten Abschnitt des Strafgesetzbuchs.
 - ◆ Schutz der physischen und psychischen Integrität des Betroffenen muss im Vordergrund stehen
 - ◆ Subsidiäre Anwendung der allgemeingültigen Tatbestände
 - ◆ Änderung Ziff. 86 der RiLi Straf- und Bußgeldverfahren:
stets öffentliches Interesse anzunehmen



- ◆ Dienstlicher Rechtsschutz
- ◆ Personalsituation (Eigensicherung und Rechtspflege)
- ◆ Problematische Außendienste in Doppelbesetzung
- ◆ Bild des „Staatsdieners“ neu justieren und kommunizieren
- ◆ Lage regelmäßig zum Gegenstand von Dienstbesprechungen machen
- ◆ Regelmäßiger Austausch unter den Behörden und Institutionen
- ◆ Dokumentation aller Vorkommnisse, auch, wenn keine Strafanzeige erstattet wird

2Tat – Angriff – Übergriff



34

- ◆ Konkrete Einzelsituation
- ◆ Aggression / Anfeindung / Angriff / Übergriff
- ◆ Mit Hilfsmitteln, Waffen
- ◆ Nur in Arbeitssituation oder in den privaten Bereich
- ◆ Im Büro oder im Außendienst
- ◆ Ggf. auch Angehörige tangiert

³Abwehr – Schutz – Hilfe



35

- ◆ Eigensicherndes Verhalten
- ◆ Frühzeitig „rote Linie“ aufzeigen, Gespräch abbrechen, Hausverbot, ggf. temporär
- ◆ Hilfe / Schutz gemäß Ablaufplan
- ◆ Wahrnehmung / Mitverfolgung durch Kollegen
- ◆ Verbale, körperliche Abwehr
- ◆ Mit Unterstützung durch Hilfsmittel
- ◆ ...durch Kollegen
- ◆ ...durch Sicherheitspersonal

4Unterstützung – Betreuung – Supervision



36

- ◆ Vorgesetzte müssen Sachverhalt ernst nehmen
- ◆ Verbindung halten durch Vorgesetzte
- ◆ Ansprechpartner anbieten
- ◆ Rechtsschutz anbieten
- ◆ Vorgang nach- und aufbereiten, auch mit Kollegen im Umfeld
- ◆ Krankmeldung anbieten
- ◆ Anschlussgespräche vereinbaren



- ◆ Erstattung einer Strafanzeige enorm wichtig
- ◆ Ab einer gewissen Intensität der Anfeindung / des Übergriffs
- ◆ Dunkelfeld aufhellen / Statistik / Lagebild
- ◆ Signal an den Täter: „Das hat Konsequenzen, das nehme ich nicht hin, das nimmt der Staat nicht hin!“
- ◆ Voraussetzung für Sanktion
- ◆ Stellung Strafantrag durch Vorgesetzten



- ◆ Ggf. zunächst Intervention
- ◆ Entgegennahme Anzeige, Sachverhalt ernst nehmen
- ◆ Ermittlungen
- ◆ Abgabe an Staatsanwaltschaft
- ◆ Erforderliche Personalausstattung als wichtige Voraussetzung

7 Bearbeitung durch Staatsanwaltschaft



39

- ◆ Anklage fertigen, möglichst zeitnah
- ◆ Möglichst keine Einstellung
- ◆ Maßvolles Strafmaß fordern
- ◆ Abgabe an Gericht
- ◆ Erforderliche Personalausstattung als wesentliche Voraussetzung

8 Bearbeitung durch Gericht



40

- ◆ Möglichst keine Einstellung
- ◆ Maßvolle Sanktion, möglichst zeitnah
- ◆ Abschreckung des Täters
- ◆ Keine Ermunterung zum Weitermachen
- ◆ Nebenklage, Adhäsionsverfahren
- ◆ Erforderliche Personalausstattung als wesentliche Voraussetzung



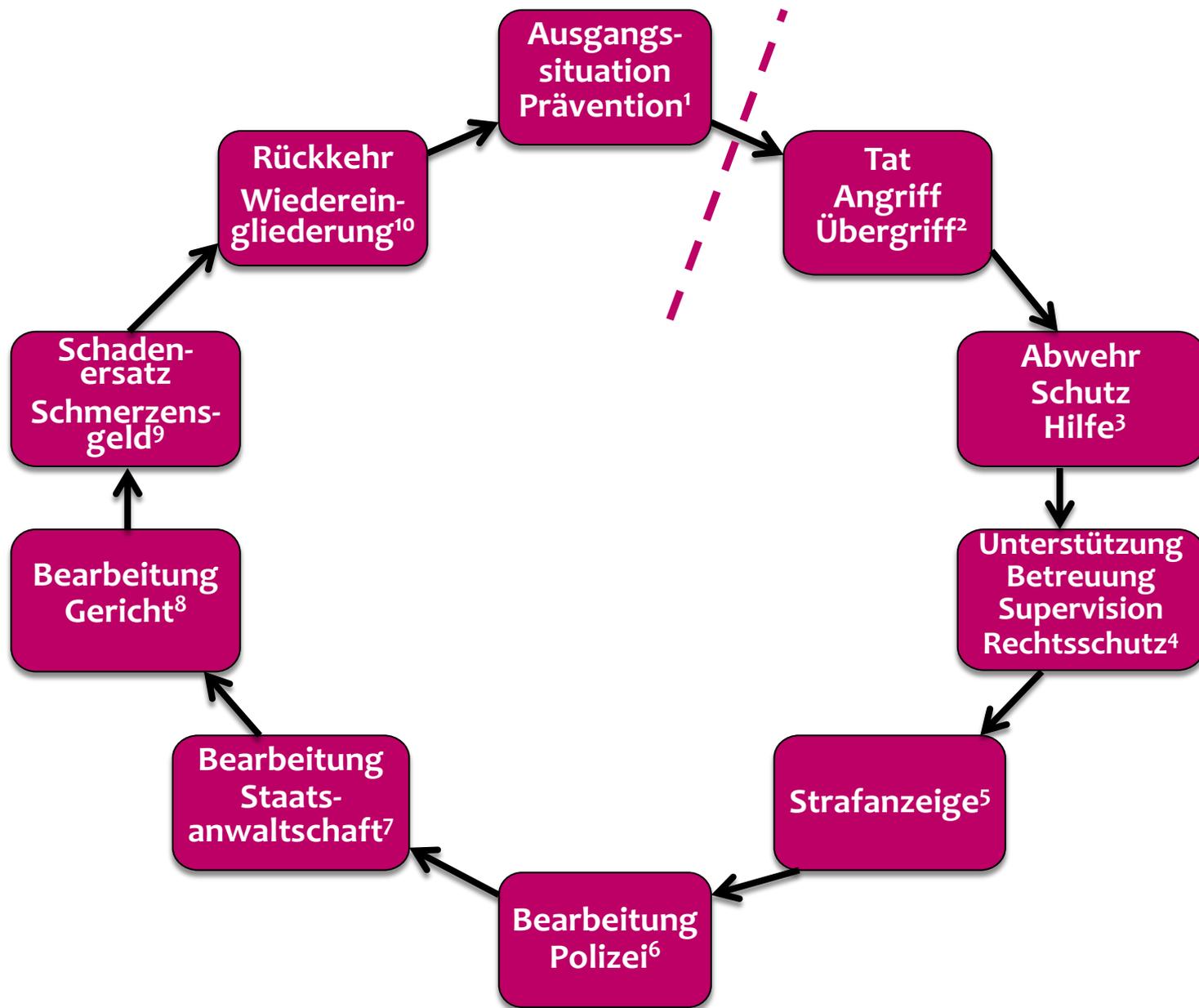
- ◆ Frühzeitige Übernahme der Forderungen des Opfers durch Dienstherrn / Behörde
- ◆ Unwürdiges, u. U. wenig Erfolg versprechendes, jahrelanges Eintreiben durch das Opfer vermeiden

¹⁰Rückkehr - Wiedereingliederung



42

- ◆ Rückkehr an den Arbeitsplatz als problematische Phase
(nach sehr belastenden Ereignissen)
- ◆ Unterstützung durch Vorgesetzte und Kollegen enorm wichtig
- ◆ ggf. verändertes Tätigkeitsfeld anbieten
- ◆ Langzeitwirkung von Übergriffen bedenken
- ◆ Betroffene sollen möglichst angstfrei arbeiten können





- ◆ **Nur durch Zusammenwirken aller Beteiligten und Institutionen wirksame Bekämpfung möglich!**
- ◆ **Rahmenbedingungen in den einzelnen „Lebenslagen“ müssen erfüllt sein!**
- ◆ **Der Kreislauf vom Ereignis bis zur Wiederaufnahme der Arbeit muss geschlossen werden!**
- ◆ **Schutz der Beschäftigten als wichtigstes Element der Fürsorge!**



Vielen Dank für die Aufmerksamkeit !